

Erklärung von Reggio Calabria

**Einstimmig von der Plenarversammlung in Reggio Calabria am 28. Oktober 2003
angenommen**

Die Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Parlamente, die am 27. und 28. Oktober 2003 in Reggio Calabria tagen, verabschiedeten folgende Erklärung:

1. Verfassungsreformen der Europäischen Union

Mit Aufmerksamkeit hat die Konferenz die Arbeiten des Verfassungskonvents verfolgt, an denen sie aufgrund der Nicht-Anwendung der parlamentarischen Vertretung auf regionaler Ebene nicht teilnehmen konnte. Die von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete Erklärung von Laeken hatte die Bedeutung der Regionalgesetzgebung bekräftigt, sofern von den Binnenordnungen vorgesehen.

Die Regionalparlamente brachten ihre Standpunkte in der Erklärung von Madeira vom 30. Oktober 2001 und in der Erklärung von Brüssel vom 29. Oktober 2002 zum Ausdruck. Die CALRE bekräftigte diese erneut im Verlauf der Anhörung vor der Plenarsitzung des Verfassungskonvents vom 25. Juni 2002.

In dem vom Verfassungskonvent genehmigten Text bekundet die CALRE ihre Zufriedenheit mit der neuen Organisation, die der Verfassungsvertrag Europa, das sich auf die erste Erweiterung um zehn Staaten vorbereitet, zusichern will. Insbesondere stellt die CALRE fest, dass einige der Forderungen, die sie selbst in den Erklärungen von Madeira und Brüssel formuliert hatte, übernommen wurden:

- § zur Reziprozität des Prinzips der loyalen Kooperation (Absatz 2 Artikel I-2)
- § zur Beteiligung der Regionalparlamente am Gesetzgebungsprozess, und zwar in Gestalt der Kooperation mit den Nationalparlamenten und im Vorfeld der Gesetzgebungsphase (Subsidiaritätsprotokoll und Artikel I-46)
- § in der Anerkennung der Verfassungsbestimmungen und der internen Organisation jedes Staates (Absatz 1 Artikel I-5)
- § in der klaren Zuweisung der Zuständigkeiten der Union und in der Neuformulierung der Flexibilitätsklausel
- § zum Recht des Ausschusses der Regionen, vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen (Subsidiaritätsprotokoll).

Die CALRE äußert ihre Unzufriedenheit darüber, dass die Regionen, insbesondere diejenigen mit Gesetzgebungsbefugnissen, nicht direkt, sondern lediglich durch die jeweiligen Nationalverfassungen anerkannt werden und dass ihnen nur auf dem Weg der nationalen Binnenprozeduren ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof eingeräumt wurde.

Im Dialog mit der Organisation der Präsidenten von Regionen von Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REG LEG) vertritt die CALRE die Ansicht, dass der Reformprozess vervollständigt werden muss, ansetzend bei den Arbeiten der Regierungskonferenz.

Die CALRE stellt fest, dass das Protokoll zur Rolle der Nationalparlamente den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit einräumen muss, ihre Vertretung in dieser Kooperation frei zu organisieren und dabei, sofern dies von den Nationalverfassungen vorgesehen ist, die gesetzgebenden Regionalparlamente hinzuzuziehen, sowie bei deren Unterrichtung zu Konsultationsdokumenten auf die gleiche Weise zu verfahren.

Die CALRE hält außerdem eine klarere Definition von Artikel I-22 (vormals Artikel 203) zur Teilnahme von Vertretern der Regionalregierungen an den Arbeiten des Rates für notwendig. Die CALRE ist der Ansicht, dass die Anwesenheit der regionalen gesetzgebenden Parlamente im Ausschuss der Regionen revidiert werden muss. Die CALRE ist der Ansicht, dass der Ausschuss der Regionen weiter gestärkt werden muss und dass er auf die Stufe einer gemeinschaftlichen Institution gestellt werden muss. Der Ausschuss der Regionen muss zu allen regionalen Zuständigkeiten der Staaten mit regionalen gesetzgebenden Zuständigkeiten befragt werden; wenn die europäischen Institutionen sich nicht an die von dem Ausschuss der Regionen geäußerten Stellungnahmen halten, so müssen sie dies begründen.

2. COSAC

Im Rahmen der italienischen Ratspräsidentschaft, in Umsetzung der Erklärung von Brüssel und auf der Grundlage der Vorschläge des Ständigen Ausschusses hat die CALRE Kontakte gepflegt und den Turnuspräsidenten der Konferenz der Europa-Ausschüsse (COSAC) Vorschläge unterbreitet. Die Änderungsvorschläge für die Geschäftsordnung, die von der CALRE ausgearbeitet und den nationalen Mitgliedern am 5. und 6. Mai 2003 in Athen von der italienischen und der deutschen Delegation mit Unterstützung durch andere Mitgliedsstaaten unterbreitet wurden, waren Gegenstand einer anschließenden Debatte und Prüfung am 7. Oktober auf der Plenarsitzung der COSAC. Die italienische Präsidentschaft hat drei Präsidenten von europäischen gesetzgebenden Parlamenten zur Teilnahme an diesem Meeting eingeladen.

Die CALRE hat die Vorschläge der deutschen, der belgischen und der italienischen Delegation sowie die am 7. Oktober stattgefundenen Debatte zur Rolle der regionalen gesetzgebenden Parlamente begrüßt. Die CALRE begrüßt die Entscheidung der COSAC, eine Arbeitsgruppe zum Thema der Revision des internen Reglements einzurichten, mit der die regionalen gesetzgebenden Parlamente in ihre Arbeiten miteinbezogen werden sollen und fordert die COSAC auf, diese Maßnahme der Regierungskonferenz im Hinblick auf eine eventuelle entsprechende Anpassung des *Protokolls über die Rolle der nationalen Parlamente* des Verfassungsvertrags mitzuteilen.

3. Europäische Institutionen

European Parliament

Die CALRE beglückwünscht sich zu dem mit dem Europäischen Parlament, dessen Präsidenten Pat Cox, dem Vorsitz des Europäischen Parlaments und dem Präsidenten der Kommission für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus aufgenommenen Dialog sowie zu den im Rahmen der Verhandlungen erzielten Ergebnissen. Die Vereinbarungen mit dem Vorsitz dieser Kommission legen eine Erweiterung der institutionellen Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den Regionalparlamenten fest, und zwar durch die Anwesenheit von institutionellen Vertretern der regionalen Parlamente, die das Recht haben werden, bei Debatten der Kommission das Wort zu ergreifen sowie durch die Anerkennung der Initiative, der Kommission von den Regionalparlamenten verabschiedete Entschließungsvorschläge zu Fragen vorzulegen, die von den europäischen parlamentarischen Gruppierungen als ihre eigenen angenommen werden können. Die CALRE bestätigt das Fortführen dieses Dialogs, der eine Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ermöglichen wird.

Committee of Regions

Die CALRE begrüßt das für den Zeitraum 2003-2004 unterzeichnete gemeinsame Arbeitsprogramm, das mit dem Ausschuss der Regionen zum Thema der institutionellen Reformen und der Stärkung der regionalen Demokratie in Europa angegangen wurde und bestätigt ihr Engagement, in diesen Sektoren nutzbringende Arbeit zu leisten.

European Commission

Die CALRE begrüßt ausdrücklich die Initiative der Europäischen Kommission, mit der die gesetzgebenden regionalen Parlamente in die vorbereitende Phase des Verfahrens zur Gesetzesausarbeitung und in die Diskussion des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission einbezogen werden. Diese Initiative der Kommission – inspiriert am Weißbuch zur Governance und im Einklang mit Artikel I-46 des Entwurfs des Verfassungsvertrags – ist besonders willkommen, wenn man berücksichtigt, dass die Regionalparlamente häufig Regionalgesetze verabschieden, mit denen Richtlinien der Gemeinschaft umgesetzt werden. Die CALRE betont die Notwendigkeit, dass die Europäische Kommission die territoriale, verfassungsmäßige und kulturelle Diversität der europäischen Regionen und ihre jeweiligen Spezifitäten stärker berücksichtigt, die in den europäischen Regionalinstitutionen noch nicht angemessen repräsentiert sind.

4. Erweiterung

4.1. „Charta der Regionen“ und Partnerschaftsinitiativen

In Umsetzung der Erklärung von Madeira äußert die CALRE ihre Absicht, zur Stärkung der regionalen Demokratie in Europa beizutragen und dabei die Diversitäten in der Organisation der Staaten zu wahren und bestimmte Grundprinzipien zu teilen. Zu diesem Zweck wurde ein Entwurf für eine „*Charta der Regionen*“ ausgearbeitet, der anschließend auf dem Meeting der europäischen Regionalparlamente in Florenz am 19. September 2003 mit rund 30 teilnehmenden Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Mit dieser Perspektive beabsichtigt die CALRE,

ihre Beobachterfunktion wahrzunehmen, die ihr der Rat der Gemeinden und Regionen Europas des Europarats (RGRE), mit dem eine ständige Zusammenarbeit begonnen wurde, am 20. Mai 2003 zuwies.

Auch in Zusammenarbeit mit der Versammlung der Regionen Europas und mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) will die CALRE mit verschiedenen gesetzgebenden Regionalparlamenten die interinstitutionellen und administrativen Partnerschaften mit Regionalparlamenten in Beitritts- und Drittländern ausweiten. Die CALRE bekräftigt ihren politischen Standpunkt bezüglich der historischen Bedeutung der Umwandlung der Europäischen Union durch die Erweiterung um die neuen Mitgliedsstaaten. Die CALRE bestätigt ihren Willen, zu deren Konsolidierung beizutragen und bezieht sich dabei besonders auf die Stärkung der Prinzipien der Repräsentanz, der demokratischen Legitimität und der politischen Verantwortlichkeit, der Beteiligung und der Transparenz. Die CALRE beabsichtigt, alle Prozesse, die sich an die Erweiterung anschließen werden, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und sich im Rahmen der eigenen Kompetenzen an ihnen zu beteiligen, auch unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie damit verbundener Fragen.

4.2 „Neue Nachbarn“

Die Erweiterung der Union öffnet neue Grenzen und bietet neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Die CALRE unterstützt daher die Initiativen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission für die Gründung eines Freundeskreises mit den angrenzenden Staaten, von Russland bis Marokko. Das Ziel sind die Konsolidierung der Beziehungen zu diesen Ländern sowohl auf der Grundlage der Solidarität und eines gemeinsamen Rechtssinns, als auch in Zusammenhang mit dem europäischen Interesse an der Stärkung der Sicherheit, Demokratie und Entwicklung jener Länder. Die CALRE zielt insbesondere auf eine engere Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern ab, da die Ratifizierung der bereits ausgehandelten Handelsabkommen dringlich ist, um bei dem Aufbau der Euromediterranen Freihandelszone voranzuschreiten.

5. Dialog mit anderen gesetzgebenden sowie nicht-gesetzgebenden Regionalparlamenten

Die CALRE beabsichtigt die Konsolidierung des Dialogs, der im Rahmen der Initiativen der italienischen Ratspräsidentschaft mit den Parlamenten der US-Bundesstaaten begründet wurde. Dies geschah auf der Grundlage der Erfahrungen und Kontakte, die bereits mit den europäischen gesetzgebenden Regionalparlamenten bestanden, und schafft einen Kommunikationskanal als Beitrag der Parlamente zu einem besseren transatlantischen Verständnis und Dialog. Außerdem bestätigt die CALRE erneut ihren ursprünglichen Willen, einen speziellen Rahmen für die europäischen Regionalparlamente mit gesetzgebenden Befugnissen zu schaffen und bewertet die Aufnahme eines Dialogs mit den Regionalparlamenten und dem Senat der Republik Frankreich im Rahmen der Initiativen des italienischen Ratsvorsitzes als positiv. Dabei wurden wertvolle Ergebnisse hinsichtlich der Achtung der Verfassungsstrukturen der Mitgliedsstaaten und der Binnenorganisation, der entsprechenden Auswirkungen auf das Leben der Gemeinschaft und die Befolgung gemeinsamer Prinzipien erzielt, insbesondere in Zusammenhang mit regionaler Demokratie im neuen erweiterten Europa.

6. Diversität in Europa

Die CALRE beglückwünscht die Präsidenten der gesetzgebenden Parlamente der Inselregionen und der Regionen in extremer Randlage zu den Ergebnissen der Begegnung von Cagliari am 2. Mai 2003, sowie die gesetzgebenden Parlamente der Stadtstaaten, die der CALRE angehören, zu ihrer Erklärung von Berlin vom 25. Februar 2003. Die CALRE betont ihren Willen, zur Wahrung und Valorisierung der geografischen, sprachlichen, kulturellen, verfassungsmäßigen und sozialen Diversität der europäischen Regionen beizutragen, so wie dies auch im Entwurf des Verfassungsvertrags unter Wahrung der Binnenorganisation jedes Mitgliedsstaates anerkannt wird.

7. Gemeinsame Aktivitäten mit anderen regionalen Organisationen

Die CALRE bestätigt ihren Willen und ihre Bereitschaft zur Kooperation mit regionalen Organisationen in verschiedenen Bereichen, denn es gibt gemeinsame Tätigkeitsbereiche, die gemeinsame Aktionen wirksamer und mit geringerem Energie- und Mittelaufwand fördern können.

Insbesondere bekundet die CALRE ihre Zufriedenheit über das erreichte hohe Niveau der Kooperation mit der Konferenz der Präsidenten der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis REG LEG.

8. Stärkung der CALRE

Die Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Parlamente Europas nehmen mit Zufriedenheit zur Kenntnis, dass die vermehrte Aktivität der CALRE im vergangenen Jahr die Erreichung wichtiger Ziele gefördert hat, beispielsweise im Bereich der interparlamentarischen Kooperation und der COSAC. Die Präsidenten danken dem CALRE-Präsidenten Riccardo Nencini für die für CALRE geleisteten Aktivitäten. Gleichfalls danken sie den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses, der fünf Mal tagte: in Florenz am 9. Dezember 2002, in Strassburg am 12. März 2003, in Venedig am 16. Juni 2003, in Florenz am 19. September 2003 und in Reggio Calabria am 26. Oktober 2003. Die CALRE bestätigt ihre Natur als Konferenz sämtlicher regionalen gesetzgebenden Parlamente Europas und vertritt die Ansicht, dass die erreichten Ergebnisse konsolidiert und bestimmte Aktivitäten verstärkt werden müssen. Dies gilt besonders für die Kooperation und den Aufbau des Netzwerks unter den Kommissionen für europäische Angelegenheiten, die bereits unter den Zielen der Erklärung von Oviedo genannt wurde. Zu diesem Zweck bekräftigt ein beiliegendes Dokument die Gründungsprinzipien der CALRE und zeigt die wichtigsten Grundlinien der durchzuführenden Aktivitäten auf. Darin wird den künftigen Präsidenten und dem Ständigen Ausschuss die Aufgabe zugewiesen, diese Prinzipien und Grundlinien unter größtmöglicher Beteiligung der im Rahmen der CALRE beteiligten Parlamente.

Anlagen:

- A. Strategien der CALRE und Arbeitsprogramm
- B. Erklärung der Präsidenten der gesetzgebenden Parlamente der Stadtstaaten
- C. Erklärung der Präsidenten der gesetzgebenden Parlamente der Inselregionen
- D. Aktivitätenprogramm und Network zur *e-democracy*